

Vor Eintritt in die öffentliche Ratssitzung teilt BM Thul mit, dass er im Rahmen des bundesweiten Protesttages der Apothekerinnen und Apotheker den ortsansässigen Apothekerinnen die Gelegenheit geben möchte, auf die bestehenden Missstände hinzuweisen.

Diese nehmen das Angebot des BM wahr, und berichten ausführlich über ihre aktuelle Situation. Konkret gehe es um die Unterfinanzierung und die seit Jahren gleich bleibenden Honorare. Dies führen zu den aktuellen Lieferengpässen, Personalnot, Schließungen und damit einer Unterversorgung der Patienten. Im Endeffekt protestiere man für jeden einzelnen Patienten. Der Protesttag diene dazu, sich gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung zu wehren. Zudem bitte man die Kommunalpolitiker, über ihre Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten auf diese Missstände hinzuweisen, um eine Änderung in der Gesundheitspolitik zu bewirken.